

wäre, damit aufgeklärt worden wäre, weshalb der deutsche Reichskanzler einen Landesverräter, für den er seit 1871 den Grafen Arnim angeblich gehalten hat, noch jahrelang in Amt und Würden gelassen hat. Aber man hat sich keine Mühe gegeben, den Schatten, den diese Angelegenheit auf den Fürsten Bismarck geworfen, durch das Licht der Öffentlichkeit der Verhandlung des letzten Arminprozesses zu verschleichen. Graf Arnim ist nun verurtheilt und Fürst Bismarck nicht freigesprochen — es ist das recht sonderbar!

Der Prozeß selbst bietet das — Sonderbare überhaupt die Hülle und Fülle. Betrachten wir uns denselben ein wenig. Die Landesverräterklage stützt sich, abgesehen von der Autorität der Pro-Nihilos-Broschüre, auf folgende zwei Behauptungen: Graf Arnim sei schuldig, 1) daß Belfort früher von den russischen Truppen hätte geräumt werden müssen, als ursprünglich beabsichtigt war; 2) daß überhaupt der Abschluß der Räumungsconvention verzögert wurde. — Ad 1. wird behauptet, Graf Arnim habe beim Beginn der Verhandlung mit Herrn Thiers diesem nicht mitgeteilt, daß die deutsche Regierung darauf bestehen würde, Belfort bis zu dem Augenblick besetzt zu halten, wo die Reichsregierung die letzten Zahlungen empfangen haben würde. Dieser Punkt der Anklage wird durch einen von Herrn Thiers an den Grafen Arnim gerichteten, vom 30. September d. J. datirten Brief vollständig widerlegt. In diesem Briefe heißt es nämlich:

„Mein Herr! Ich beantworte die Fragen, die Sie bezüglich der im Jahre 1873 wegen der Evacuation des französischen Gebietes gepflogenen Verhandlungen an mich gerichtet haben. Was mich betrifft, so erinnere ich mich mit Bestimmtheit, daß von Beginn unserer Unterredungen an die Schwierigkeiten der Verhandlungen von beiden Seiten vollständig in Angriff genommen wurden; daß Sie namentlich in Betreff Belforts, bei dem es sich darum handelte, es unter die in erster Reihe zu räumenden Gebiete zu rangiren, mir erklärten, nicht die Vollmachten zu haben, welche nöthig wären, um mir in dieser Richtung Genüge zu thun; daß ferner, da die Verhandlungen nach Berlin verlegt worden, eben da dieser Punkt diskutirt und definitiv geregelt wurde.“

Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Paris, 30. September 1876. (gez.) A. Thiers.“

Ad 2. Die angebliche Verschleppung der Räumungsconvention durch den Grafen Arnim betreffend, meint die Anklage, Graf Arnim hätte wissen müssen, wie wichtig ein schleuniger Abschluß der Convention im Interesse des deutschen Reiches war, nachdem er vom Fürsten Bismarck ein Telegramm erhalten hatte, des Inhalts: unsere Bedingungen seien a prendre ou à laisser und welches nach Angabe der Anklage mit den Worten schloß: „Wenn nicht, nicht.“ — Hiergegen ist zu bemerken — das von der Anklage verfolgte System wird dadurch recht deutlich illusirt — daß das erwähnte Telegramm nicht mit den Worten: „Wenn nicht, nicht“ schließt, sondern mit den Worten: „Wir können es abwarten.“ — Da die ganze Deduktion auf die oben gekennzeichnete Weglassung aufgebaut ist, so ist die Deduktion natürlich hinfällig.

Die Verteidiger des Grafen Arnim, welche von dem Kammergerichts-Vizepräsidenten von Wähler nicht zum Worte zugelassen wurden, weil in solchen Fällen die Strafprozessordnung nur dem anwesenden Angeklagten Verteidiger gestattet, verließen den Gerichtssaal unter Zurücklassung eines Protestes gegen das Gerichtsverfahren; doch wurde der Protest ebenso wenig wie der von den Verteidigern eingereichte Brief des Herrn Thiers, aus dem oben ein Stück mitgeteilt worden, vom Gerichtshofe angenommen. In Folge des Ausschusses der Öffentlichkeit der Verhandlung ist es der Verteidigung nicht möglich gewesen, den im Namen des Grafen Arnim von ihr dem Gerichtshofe unterbreiteten Antrag zu begründen. Wie verlautet hat dieser Antrag folgende Punkte enthalten: Inwieweit wird darin bemerkt, daß Graf Arnim, abgesehen von seinem Gesundheitszustande, im Termine nicht erschienen wäre, indem er die Kompetenz des Staats-Gerichtshofes bestreitet. Selbst wenn aber dessen Kompetenz außer allem Zweifel stünde, würde er auf jede Verteidigung verzichten müssen, weil ihm zu dieser die Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden. Zum Termin seien nicht vorgeladen oder durch Requisition vernommen Herr Thiers, die Herren Herzog von Broglie, Herzog Decazes, Leon Renault, Fürst Bismarck, Feldmarschall v. Mantuffel. Als Sachverständiger wird der Hausminister Freiherr v. Schleichner vorgeschlagen, daß dem Grafen Arnim in seinem Verhalten in Paris nicht der geringste Vorwurf gemacht werden könne; der

Sachverständige Geh. Legationsrath Wille wird wegen seines Abhängigkeitsverhältnisses verworfen. Protest wird eingelegt gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlung. Es wird ferner auf die Unwahrheiten der Mathias'schen Auslagen Bezug genommen und auf die Thatfache hingewiesen, daß die in der Broschüre enthaltenen Aitenstücke durch den früheren Prozeß längst bekannt sind. Der Staatsgerichtshof wird daher angegangen, auch in contumaciam zu erkennen, daß durch die Broschüre Pro Nihilos das Verbrechen des Landesverraths nicht begangen worden ist, wer auch der Verfasser sein möge. Die Verteidigung bestreitet in sehr ausführlicher Weise, daß der Verfasser der Broschüre Pro Nihilos sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe, die von der Anklage inkriminirten Stellen enthalten keineswegs eine solche. Was die dem Autor zur Last gelegten Beleidigungen des Fürsten Bismarck in 14 Punkten betrifft, so würde Graf Arnim zu seiner Entschuldigung leicht den Beweis führen können, durch Angriffe von der anderen Seite dazu provoziert worden zu sein. Die Bismarck-Beleidigungen gehören aber vor die ordentlichen Gerichte des Landes. Die Erklärung schließt mit der Behauptung, daß ein Contumazial-Urtheil des Staatsgerichtshofes nicht vermögen würde, die Nation zu überzeugen, 1) daß Graf Arnim ein Landesverräter sei, 2) daß er den Kaiser beleidigt habe.

Aus dem Vorstehenden erhellt, daß die Anklage auf verzweifelt schwachen Füßen gestanden haben muß. Trotzdem erfolgt die Verurtheilung und, wie man hört, zu 5-jähriger Zuchthausstrafe — es müssen also auch mildernde Umstände, die nur Festungsgehaft erlauben hätten, ausgeschlossen sein. Eine derartige schimpfliche Bestrafung eines hohen Staatsbeamten ist in Preußen unerhört, und es geht aus diesem vorläufig letzten Actus des Arminidramas, dem aber leicht noch ein für Arnim's mächtigen Feind sehr bedenkliches Nachspiel folgen kann, das Eine mit Gewißheit hervor, daß an der bewußten hohen Stelle va banque gespielt wird und die Losung acceptirt ist: Diegen oder brechen! — Vielleicht aber — bricht es!

— Gegen den Uebergang aller großen Verkehrsanstalten in Staatsbetrieb sträuben sich unsere Manchestermänner, welche der zügellosen Concurrenz das Wort reden, zwar mit bedeutender Energie, aber doch auf die Dauer vergebens. Auch auf dem diesjährigen volkswirtschaftlichen Congresse plachten die Ansichten für und wider den Staatsbetrieb der Eisenbahnen verb auf einander, und das Resultat der Debatten war für die Verteidiger der freien Concurrenz, deren Hauptwortführer Professor Böhmert war, kein günstiges. Böhmert ist ein grundsätzlicher Anhänger der Privatbahnen; er erblickt in dem Uebergang der Bahnen an den Staat eine Verkümmern der auf der freien Selbstthätigkeit des Einzelnen beruhenden wirtschaftlichen Entwicklung, ja den Anfang einer Aufhebung aller Privatindustrie. Die Mängel des deutschen Eisenbahnwesens verkennt er nicht. Er „hofft“ jedoch, durch energisches Einschreiten der Reichsregierung dieselben allgemach beseitigen zu können. Im übrigen bringt er dasselbe vor, was die Gegner des Reichseisenbahnprojektes im preussischen Abgeordnetenhaus gegen dasselbe ins Feld geführt haben. Der Kathederialist Professor Wagner trat Böhmert mit Glanz entgegen. Er sprach sich unverhohlen dahin aus, „daß diejenigen Objekte, welche man unter dem Namen Wege begreift, nicht den Privaten, sondern der Gemeinschaft gehören und im Interesse der Gemeinschaft vom Staat verwaltet werden müssen. Die freie Concurrenz sei im Eisenbahnwesen mehr oder weniger unwirksam.“ Weiter führte er aus, daß das Privatkapital sich an den Staatsbahnen erst recht betheiligen werde; in einer Staatsbahn für die Eisenbahnen würde das Kapital viel besser und sicherer angelegt sein als in Prioritäts- und anderen Aktien. Dr. Wagner giebt zu, daß er nicht ganz frei sei von der Furcht, es könne die Omnipotenz des Staates durch den Besitz der Bahnen verstärkt werden. Er fragt aber: Treten diese Mängel nicht auch bei den Privatbahnen hervor? Können nicht auch die großen Privatbahnen allmächtig werden? Uebrigens auch abgesehen von der speziellen Lage im deutschen Reich gewinnt das Staatsbahnsystem von Tag zu Tag mehr prinzipielle Anhänger. Einer der europäischen Großstaaten, Italien, ist heute im Besitze seines ganzen Eisenbahnnetzes. Das französische Eisenbahnsystem hat zwar die Form der Privatbahnen, ist aber in Folge einer eigenthümlichen Organisation nichts anderes als ein indirektes Staatsbahnsystem, da nirgends die Concurrenz der Bahnen weniger zugelassen ist als in Frankreich, da die Bezüge der Aktionäre durch Staatsverträge nahezu fixirt sind und das ganze von der Regierung streng beaufsichtigte

Bahnsystem in einem absehbaren Zeitraum direkt in den Besitz des Staates gelangt. Auch in England ist man weit entfernt, mit dem Privatbahnsystem zufrieden zu sein.

Überall drängen die Verhältnisse, der kapitalistischen Gesellschaft zum Trost, zu Gestaltungen, welche unverkennbar die Vorläufer sozialistischer Organisation sind. Der omnipotente Militärstaat in Deutschland wird nicht lange sadeln, wo es gilt, durch Aneignung der Eisenbahnen sich eine uncontrolierbare Einnahmequelle zu schaffen; und er ist dabei genöthigt, den Beweis zu liefern, daß der Betrieb solcher Riesenanstalten durch den Staat und zum Besten desselben nicht nur möglich, sondern auch dem Privatbetrieb entschieden überlegen sei, so daß der Gedanke der Organisation der gesammten Produktion durch die nur dem Volksinteresse dienenden Funktionäre der Gesamtheit immer mehr den Anschein des Unerhörten, Unausführbaren auch bei den in politischer und sozialer Beziehung Unkundigen verlieren muß.

— Gott behüte mich vor meinen Freunden, mag Fürst Bismarck wohl manchmal denken, wenn er überhaupt Zeit hat, an derartige Dinge zu denken. Daß sein Aelter Hans Blum in Leipzig ihn als Urheber der gefälschten Emser Depesche hingestellt, und damit eines der schimpflichsten Verbrechen, welche die Geschichte kennt, angeklagt hat*) — das wissen unsere Leser bereits. Diese Anklage hat jetzt ein würdiges Seitenstück erhalten. Durch die nationalliberale Presse geht folgendes, zuerst von der — gut bismarck'schen — „Neuen Stettiner Zeitung“ veröffentlichte Pasquill: „Fürst Bismarck empfängt öfter Gäste aus seiner Nachbarschaft. Unlängst suchte ihn ein solcher Gast zu bestimmen, seinen Einfluß gegen die Türkei geltend zu machen und den Grausamkeiten in der Bulgarei, eventuell durch eine kriegerische Unterstützung der Serben, Einhalt zu gebieten. Der Fürst erwiderte lächelnd: „Wenn Sie mir beweisen können, daß die pommerischen Landgüter durch einen Krieg mit der Türkei in ihrem Werthe um ein oder mehrere Prozente sich bessern würden, wäre ich nicht abgeneigt, in Ihrem Sinne vorzugehen.“ Der Rathgeber schwieg.“

Dies die „Anekdote“. Also es wird gesagt, Fürst Bismarck habe erklärt, wenn der Werth der pommerischen Landgüter, zu denen Barzin gehört, durch einen Krieg mit der Türkei erhöht würde, so wäre er, Fürst Bismarck, einem Krieg mit der Türkei nicht abgeneigt. Mit anderen Worten: er sei bereit, Krieg zu führen, wenn ein finanzieller Vortheil dabei herauskomme. Wir glauben nicht, daß eine schwerere Anklage gegen einen Staatsmann erhoben werden kann, eine Anklage, welche die Ehre noch heftiger affizirt als selbst die Blum'sche Beschuldigung es thut. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der conservative Herr von Dieß, in seiner neuesten Broschüre, und nach ihm die „Deutsche Reichsglocke“ (Fortsetzung der „Deutschen Eisenbahnzeitung“), das Organ des Grafen Arnim und des rechten Flügel der preussischen Junker, die weiland von der „Kreuzzeitung“ begonnenen Attaden auf Fürst Bismarck mit einer Kühnheit fortführen, die sehr hohe Protection vermuthen läßt. Herr von Dieß und die Redakteure der „Reichsglocke“ fordern förmlich zum Prozeße heraus und die betreffenden Schriftstücke bieten unzweifelhaft, falls der Beweis der Wahrheit nicht erbracht werden kann, reichlichen Anhalt zu einer Verläumdungsklage. Gegen die famosen „Kreuzzeitungs“-Artikel klagte Fürst Bismarck zum Erstaunen der Welt bekanntlich nicht, und zur Erklärung dieser

*) Herr Hans Blum ist durch einen Wink mit dem Jaunpfaß, den Liebknecht ihm in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (in einer diesem Hauptorgan der sächsischen Nationalliberalen überlieferten Berichtigung) zu Theil werden ließ, aus seiner Schweigehaltung herausgetrieben worden, und hat eine lange Expektation im „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht. Armer Hans! O si tacuisses! hättest Du geschwiegen still und den Mund gehalten sein! — Also Hans behauptet, den bösen „Grenzboten“-Artikel nicht geschrieben zu haben; nun, jedenfalls hat er, als verantwortlicher und „besoldeter“ Redakteur des „Grenzboten“, die volle Verantwortlichkeit für den Artikel, der beiläufig seiner Zeit als Kesseltrommel für die nationalliberale und publizistische Verfassung des „nur gedachten“ (Hans'cher Gerichtsstil) Hans vom „Leipziger Tageblatt“ abgedruckt ward. Abgesehen von diesem sehr greifreichen und originellen Advokatenstück schimpft Hans Blum („Stuß“ etc.) mit einer seinem Talent und Bildungsgrad Ehre machenden Victuosität, fordert Herrn v. Bismarck auf, Liebknecht zu verklagen, was Liebknecht sehr lieb wäre, da er dann Herrn Hans Blum als Zeugen auf das Armeiständerfüßchen setzen könnte, und droht schließlich selbst mit — Verklagen, der ultima ratio (dem letzten Grund) aller Personen, die keine anderen Gründe haben, und von der Unantastbarkeit ihrer Ehre nicht hinlänglich überzeugt sind. Wie der Herr, so der Bediente. Offenlich hält Hans Blum Wort. Wird hübsch werden, das Tänzchen mit Hanschen!

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

„Allem Rechtsgefühl spricht es Hohn, daß ich zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wurde wegen angeblicher Beleidigung von Beamten; aber die ich Anklage erhoben hatte bei einer kompetenten Behörde, weil dieselben ein mit Zuchthausstrafe bedrohtes, eingeständenes Verbrechen gegen mich begangen hatten und daß in dieser Angelegenheit die stark compromittirten Beamten im Gericht mir als Zeugen gegenüber gestellt wurden, um über ihr eigenes Verbrechen und über mich maßgebend sein sollende Auslagen zu machen. In dem dieserhalb vom Strafgericht zu Hamburg anberaumten Termin am 26. Februar 1870 gestand der Ober-Controleur Albrecht es ebenfalls ein, meine Entfremdung verlangt und erreicht zu haben, weil ich Gesamtdeclarationen eingeleistet hätte; er läugnete es nicht, mir die Aeußerung: „Klappern gehört mit zum Handwerk“, denn die Herren oben am grünen Tisch verstehen nichts und urtheilen nur nach dem Schein u. s. w.“ gemacht zu haben; denn, sagte er, was man in einem Privatgespräch spricht, notirt man sich ja nicht und behält es demnach nicht so genau, er wisse es nicht mehr, fügte aber hinzu: da auf den übrigen Zollabfertigungsstellen in Hamburg nur Einzeldeclarationen eingeleistet werden, so muß die Oberbehörde unwillkürlich denken, wenn auf der Zollabfertigungsstelle am Lübecker Bahnhof nur Gesamtdeclarationen eingegeben, also so viel weniger an Zahl, daß da für die vielen Beamten nicht genügend zu thun ist! Hiermit erklärt der Ober-Controleur Albrecht als Chef einer Zollabfertigungsstelle in Hamburg ausdrücklich dem Gericht, daß er der Ansicht sei, seine vorgesezten Behörden verstanden auch gar nichts und daher Klappern mit zu seinem Handwerk gehöre! In seinem amtlichen Bericht vom 18. Juli 1869 hatte der Ober-Controleur Albrecht von mir behauptet, daß ich unpolitisch in meinem Geschäfte gewesen sei, ungebildet und freisinnig wäre, ein unangemessenes Benehmen den Beamten gegenüber gezeigt hätte u. s. w., und konnte im Gericht der pp. Albrecht auch nicht einen einzigen Nachweis für diese seine Behauptungen beibringen, dieselben erwiesen sich vielmehr als erbärmliche Verläumdungen, als die reine Buschlepperei.“

Der Ober-Inspector Collas, welcher ebenfalls als Zeuge gegen mich in dem Gerichtstermin am 26. Februar 1870 auf-

trat, gestand gleichfalls ein, daß meine Entfremdung verlangt und erfolgt sei, weil ich Gesamtdeclarationen eingeleistet hatte, und erklärte derselbe ausdrücklich, daß ich dazu berechtigt gewesen und daß die Zollbehörde dieselben annehmen müsse. Beweise konnte Collas ebenfalls nicht beibringen, daß ich mich ungebührlich benommen hätte.

Mein früherer Prinzipal, H. F. Hermes, war gleichfalls als Zeuge gegen mich geladen und spielte im Gerichtstermin eine klägliche Rolle. Derselbe antwortete auf alle an ihn gerichteten Kreuz- und Querfragen: das weiß ich nicht mehr! Er wußte nicht, daß er unter'm 24. Juni 1869 ein Schreiben von Albrecht bekommen hatte; er wußte nicht, ob die von ihm unterschriebenen Angaben in dem Protokoll vom 22. Juli 1869, daß ich nicht pünktlich und nicht sorgfältig in meinen Arbeiten gewesen, wahr seien oder nicht, ob er mir die Aeußerung von dem Sack Kaffee*) gemacht hätte und wußte auch nicht, ob selbst die Richtigkeit einer solchen Aeußerung ausgeschlossen sei; er wußte sogar nicht, warum er mich entlassen hätte!! Die einzige bestimmte Antwort, die Hermes gab, war auf die Frage, ob er mich denn nicht hätte gebrauchen können, folgende: Vieh ist ein sehr tüchtiger Mensch.“

In dem Urtheile des Strafgerichts vom 26. Februar 1870 heißt es, daß Vieh in seinen an den General-Steuerdirektor von Pommer-Eiche gerichteten Briefen vom 28. August und 17. September 1869 dem Ober-Controleur Albrecht grundloser Weise vorgeworfen habe, durch die in der Führung seines Amtes ausgeübten Chicanen den Verkehr ins Stoden gebracht und ihn aus purer Laune en-casillo behandelt zu haben, und in seinem Briefe vom 22. Oktober 1869 denselben sogar der Vechlichkeit verdächtigt hätte, sowie ferner, daß er den Ober-Inspector Collas in seinem Briefe vom 17. September 1869 der wissenschaftlichen Aufnahme eines falschen Protokolls unwahrer Weise beschuldigt habe und somit die gedachten Beamten unbegründeter Weise einer schweren Verletzung ihrer Amtspflichten beziehungsweise verdächtigt und beschuldigt und sich dadurch einer Amtsbeleidigung schuldig gemacht hätte.

In dem Erkenntniß des Obergerichts als Berufungsinstanz vom 6. April 1870 heißt es: Erwägt man, daß der Angeklagte

*) Hermes hatte zu Vieh gesagt, Albrecht habe von ihm einen Sack Kaffee geschenkt haben wollen.

für die Wahrheit dieser Beschuldigungen nichts beizubringen vermocht hat, so kann die von dem Strafgericht erkannte Strafe für eine zu harte nicht erachtet werden — und doch waren alle Beschuldigungen erwiesen worden!

Die von mir gebrauchten und von dem Hamburgischen Strafgericht als Beleidigung aufgefaßten Ausdrücke sind von mir in der ganz bestimmten Form von Anklagen gebraucht, fährt Herr Vieh fort, die ich bei einer kompetenten Behörde erhoben habe, lediglich zu dem Zweck, daß die Schuldigen bestraft werden, und ist somit von selbst die Absicht der Beleidigung und Schmäherung ausgeschlossen. Eine erhobene Anklage, die nicht auf Wahrheit beruht, muß auf Grund desjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, der von solcher Anklage handelt, verfolgt werden; aber niemals darf eine auf Wahrheit beruhende Anklage, die an kompetenter Stelle erhoben ist, als eine Beleidigung des Mißthäters aufgefaßt werden, denn sonst wären mit Ausnahme der Beleidigungs-Paragraphen alle übrigen Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht allein überflüssig, sondern sogar unsinnig und theilte jeder Verbrecher ein Vorrecht der Krone, nämlich die Unantastbarkeit.“

(Fortsetzung folgt.)

— Bismarck's Abenteuer nennt sich, wie das „Berliner Tageblatt“ mittheilt, ein elegantes Etappenbüchlein, in welchem ein Verwandter des deutschen Reichskanzlers, ein Better seines Vaters, Namens Achab von Bismarck, auf 24 Seiten die merkwürdigsten Begebenheiten aus seinem sehr bewegten Leben zum Besten giebt. Der Verfasser, der sich auf dem Titel des Anno 1856 in seinem Selbstverlage erschienenen Buches als „weiland Offizier der königl. preussischen Gardes du Corps, der Republik Venezuela (Columbien), im kaiserlich-königlich französischen Dienst, später beim südpazifischen Freicorps, zur Zeit königlich preussischer Lieutenant a. D.“ einführt, war ein leidenschaftlicher Junker, der sein ihm bei der Mündigkeit übergebenes väterliches Erbe, die schuldenfreien Güter Hirschfeld, Birtholz und So. hienach hincum wenigen Jahren in sogenannten noblen Passionen verpraßt hatte und nun von sich selbst sagt, daß er, „anstatt majoram zu werden, wenigstens bis zum vierzigsten Jahre unter der Vormundschaft hätte stehen müssen, wo die Schwaben flug werden.“ Aus dem Inhalt dieses Büchleins führt das „Tageblatt“ folgende nicht uninteressante Daten an: Durch den Stammvater der Familie, durch Claus von Bismarck, soll derselben eine päpstliche Erbschaft zugefallen sein, indem der nachherige Papst

auffallenden Thatsache ließ er veröffentlichen, daß die Artikel juristisch unangreifbar seien. Wohlau: die Broschüre des Herrn Dieß und die Artikel der „Deutschen Reichsglocke“ sind juristisch angreifbar; sie sind in noch weit höherem Maß, als die „Kreuzzeitung“, Artikel geeignet, den Charakter des Fürsten Bismarck in ein ungünstiges Licht zu stellen. Wenn Fürst Bismarck auch jetzt nicht klagt, wird kein Tessenorf die schlimmsten Schlußfolgerungen verhindern können.

Die „Sozialpolitische Correspondenz“, herausgegeben von Herrn Dr. Rudolf Meyer, dem Amanuensis (Handlanger) des Herrn Wagener (dessen Rolle in der Angelegenheit nicht recht klar ist) schreibt in dieser Sache:

„Sensationsprozess. Das Ereignis der Woche, welches alle Politiker und die ganze Gesellschaft von Berlin mehr beschäftigt, als die orientalische Frage, ist die Enthüllung der „Deutschen Reichsglocke“ über die Vorgänge bei Gründung der Preussischen Central-Voden-Credit-Aktien-Gesellschaft. Das Blatt behauptet, die neueste Schrift des Herrn von Dieß über beschuldigte den Fürsten Bismarck, einer Consortial-Vethelligung in gewinnbringender Absicht (§ 331 resp. 332 des Strafgesetzes). Natürlich muß eine Anklage wegen Verleumdung erfolgen, da eine einfache Beleidigungsanklage mit Ausschluß des Wahrheitsbeweises das Faktum zugeben hieße. Zur Führung des Wahrheitsbeweises würde die Vernehmung folgender Zeugen nötig sein: Frémy, Fould, Alphonse de Rothschild in Paris, Carl Meyer von Rothschild in Frankfurt, Präsident von Philippsborn, Vossart, Hermann-Direktoren, die Minister a. D. v. Bernuth, Graf Roon, Graf Ippenly, von Selchow, Oberpräsident Graf Arnim-Bohlenburg, v. Bethmann-Hollweg-Runowo, Graf Kocholtz, v. Kardorff, v. Fleischer, v. Hansemann, Dr. Braun, Dr. Miquel, v. Nathusius-Hundsbürg, A. v. Oppenheim, v. Eckardstein, Scheele, Geh. Rath Wittens, v. Webell-Malschow, Kennemann-Klenka, v. Simpson-Georgenburg, R. Darbt, Geh. Rath Dannemann, v. Nathusius-Ludom, Dr. Perrot, Schwabach, Dr. R. Meyer, v. Blankenburg, v. Dieß (wenn er nicht mitangeklagt werden sollte), die nächste Umgebung des verstorbenen von Wedemeyer, Dr. Koster, Oberbürgermeister a. D. Weber, Geheimrath Wagener. Der in Aussicht stehende Prozess wird also den Arnim'schen an Interesse weit übertreffen.“

Er ist aber noch nicht angestrengt.

— Roheit der Besitzenden und ihrer Presse. Das „Leipziger Tageblatt“ berichtet aus Leipzig: Ein hiesiger Gasthofspächter sah sich vor einigen Tagen veranlaßt, gegen ein Dienstmädchen strafend vorzugehen. Dabei übermannte ihn aber der Born doch allzusehr und er überschritt offenbar das Züchtigungsrecht, denn er hatte, wie sich nachmals bei ärztlicher Untersuchung herausstellte, der Dienstinne einen körperlichen Schaden zugefügt, in Folge dessen dieselbe im Krankenhause untergebracht werden mußte. — Daß der sogenannte Dienstherr überhaupt ein Züchtigungsrecht hat und ausübt, daran findet die Sittenroheit der Scribenten des „Tageblattes“ nichts Anstößiges — Maltätären darf ihrer Ansehung nach der „Herr“ die „Dienstinne“ soviel er will, nur schlan und vorichtig genug soll er sein, um ihr keinen offensibaren körperlichen Schaden zu verursachen.

— In der vorigen Nummer sprachen wir von den überaus unwilligen Resultaten, welche das diesjährige Einjährig-Freiwilligen-Examen in Schleswig-Holstein, Rheinproving und Königreich Sachsen geliefert hat. Die hochintelligente Provinz Sachsen, auf welche der Liberalismus ja so sehr pocht, will nicht zurückbleiben. Bei der vor einigen Tagen in Merseburg abgehaltenen Prüfung meldeten sich 34 Aspiranten, davon traten 2 zurück, 27 fielen durch und 3 erhielten den Berechtigungschein zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Eines weiteren Commentars braucht's wohl hierzu nicht.

— Wieder eine Schulze'sche Gründung, die Dresdner Gewerbebank, steht am Rande des Bankrotts. Leiter derselben war der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Stadtrath Fröhner, der trotz künstlicher Bilanzaufstellungen bei der letzten stattgehabten Generalversammlung die hoffnungslose Lage des Unternehmens nicht mehr verheimlichen konnte. Fröhner wurde entlassen, sein Nachfolger wird den vollständigen Zusammenbruch schwerlich verhindern können. Sie gehen eben über kurz oder lang alle in die Brüche, die Unternehmungen des — Jaun-„Königs im sozialen Reiche“, der von der Bourgeoisie bestimmt war, die soziale Frage auf kapitalistisch, statt auf sozialistisch, wie es einzig möglich ist, zu lösen.

Paul VII., der ein Schülerlehrling aus Stendal war und den Claus von Bismarck studiren und Gestirmer werden ließ, ihm aus Dankbarkeit bei seinem Tode sein Vermögen zuwendete. Vor ungefähr fünfzig Jahren ergriffte noch zu Bismarck (einem Familiennamen) ein großes altes Delirium, welches die Erlösung der Engelsburg darstellte, die Paul VII. zu Ehren seines ehemaligen Gönners bei dessen Anwesenheit in Rom befestigen hatte. — Nicht minder überhörend ist die vom Verfasser mitgetheilte Thatsache, daß unter ihm in der im Jahre 1805 in Leipzig errichteten napoleonischen deutsch-französischen Legion der jetzige Papst Pius IX. als Souslieutenant gedient habe. Nach von Bismarck spricht hier von der näheren Bekanntschaft, die er mit dem ihm unmittelbar unterstellt gewesenen Souslieutenant gemacht habe, einem Italiener, Namens Graf von Heretti. Dieser soll — so sagt der Autor hinzu — Se. Heiligkeit, der jetzt regierende Papst Pius IX. gewesen sein, welcher später zu den Pissillen (?) der Garde verlegt, dann seinen Abschied genommen und späterlich sich dem geistlichen Stand gewidmet hat. Wie Herr Achag versichert, sollen sie sich damals in Leipzig zusammen sehr wohl befunden haben. — Uns der naheliegenden Betrachtungen über wunderbare Fügungen des Schicksals enthaltend, fährt das „Tagebl.“ fort, wollen wir aus dem uns vorliegenden Buche nur noch die Notizen herausheben, welche sich auf den Ursprung der Familie von Bismarck beziehen. Hiernach soll dieselbe aus Ungarn stammen, von wo sie später nach Böhmen und Sachsen und darauf nach der Altmark überfiedelte. Die ersten authentischen Nachrichten über die von Bismarck'sche Familie aus der letztgenannten Gegend schreiben sich aus dem 13. Jahrhundert her, wo dieselbe als Stammgut das heutige Amt Burgstall bei Stendal und das unfern gelegene Brielitz und die Burg Bismarck besaß. Die Bismarck'sche Familie theilte sich in zwei Ämnen, von denen die eine als die von Bismarck'sche, die andere als die von Vorpel'sche bekannt ist, welche beide dasselbe Wappen führen. Als Stammvater wird der oberrheinische Claus v. Bismarck angenommen, der im Jahre 1292 Erbköniglich Magdeburgischer Amtshauptmann war. Das Stammgut Burgstall, an dem man heute noch die Reste ehemaliger starker Befestigungen erkennen, wurde später gegen die Güter Schönhausen und das aufgebende Nonnenkloster Creutz umgetauscht. — Schließlich wollen wir noch erwähnen, daß Achag von Bismarck auch zu dem Lieutenant von Lützow, dem nachmaligen Führer und geistlichen Reichsregimentführer, in sehr intimen Beziehungen gestanden und mit demselben — — — gemeinsamen Pferdehandel betrieben hat.

— Die Berliner „Volkszeitung“ bittet den Namen des großen Sozialisten, den sie so oft in der nächstnächsten und widerwärtigsten Weise begeißelt hat, den Namen Ferdinand Lassalle's das begangene Unrecht auf eine recht eigenthümliche Weise ab. Lassalle war nämlich für die „Gelehrten“ der „Volkszeitung“ ein Unwissender, ein Demagoge, ein

— Der Rückgang der Religion macht sich auch in Sachsen bemerkbar und hat auf der in letzter Zeit zu Dresden stattgehabten sächsischen Landesynode nicht vertuscht werden können. Man klagt über rapide Abnahme des Kirchenbesuchs. Nur auf den entlegenen Bannendörfern ist derselbe noch ein guter. In gewerbetreibenden und Fabrikdistrikten überläßt man den Himmel, um mit Heine zu reden, „den Engeln und den Späzen“.

„In den Städten“ so jammerten die Frommen u. A., „sinkt der Kirchenbesuch gewaltig. In Chemnitz beträgt er 5 Proz., in Leipzig 3, in Glauchau und Meerane 2½, Grimmitzschau 2, Grotzsch 1½, Proz. der Parochianen, ja in der Umgebung von Chemnitz sinkt er auf ¼ Proz. Die Frauen besuchen die Kirchen fleißiger als die Männer; am mangelhaftesten die Dienstboten und die heranwachsende männliche Jugend. Die sog. gebildeten Stände („Honoratioren“) halten sich, was die Männer anbelangt, überall der Kirche fern (selbst hier keine Rettung mehr!), ebenso klagt man über den schlechten Kirchenbesuch durch Lehrer, namentlich jüngere, ferner Hand- und Fabrikarbeiter, besonders die Kohlenarbeiter im Zwickauer und Plauenischen Bezirke (die Bösen!). Prinzipiell fern von der Kirche halten sich die Sozialdemokraten, welche Arbeiter, die noch in die Kirche gehen, verspotten und hindern.“

Die Behauptung, die Sozialdemokraten verspotteten die Kirchenbesucher, ist gelogen — wir bemitleiden Alle, die in ihrer Unwissenheit und geistigen Hilflosigkeit noch die düsteren Klüfte des Kirchenglaubens wandeln, und Menschen, die man bemitleidet, verspottet man nicht. Im Uebrigen ist natürlich eine unserer vornehmsten Aufgaben, durch Belehrung den Kirchenglauben auszurotten, und wir haben in dem Fache gewiß nicht unbedeutende Erfolge aufzuweisen.

— Die Noth in Berlin wächst in ganz erschrecklicher Weise. Vor einigen Abenden verfuhr ein hungernder Mensch einer Frau das Brot von dem Arme auf offener Straße zu rauben. Auf den Hilferuf der Frau kamen einige Personen herbei, während der unglückliche „Straßenräuber“ das Weite suchte. Die Frau sagte zu den Herbeigekommenen, daß der Entlohnene gerufen habe: „Geben Sie mir das Brot willig, oder ich nehme es mit Gewalt — mich hungert.“ Sie hätte dem Armen das Brot gern gegeben, doch würde auch sie von hungernden Kindern erwartet; sie besitze aber kein Geld, ein Neues zu kaufen. — Das sind Zustände, welche darauf hinweisen, daß die heutige Gesellschaft rasch ihrem Untergange entgegengeht.

— 100 Arbeiter haben trotz der heutigen schlechten Zeit in Spandau die Arbeit niedergelegt, weil sie bei dem geringen Lohne, den sie erhielten, thätig Hunger leiden mußten. Es sind Erdarbeiter, welche bei der Herstellung von Festungswerten beschäftigt sind. So sorgt der preussische Staat für die Landesfinder!

— Unfall-Statistik. Im Monat September a. c. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsanstalt in Leipzig 11 Todesfälle, 1 lebensgefährliche Verletzung, 8 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen, und 448 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 468 Unfälle angemeldet. Von den 11 Todesfällen ereigneten sich 2 in Steinkohlenwerken und je 1 in einer Tabakfabrik, einer Gießerei, einer Drahtzieherei, einer Eisensteingrube, einer Dampfzegielei, beim Hochofenbetrieb, beim Brunnenbau, beim Hochbau, bei Schiffentloshung. Die 1 lebensgefährliche Verletzung entfällt auf eine Dampfzegielei, während von den 8 Invaliden 3 auf Maschinenfabriken und Gießereien, 2 auf Steinkohlenwerke und je 1 auf ein Walzwerk, eine Schneidemühle und eine Papierfabrik kommen.

— Ueber die Lage der Arbeiter in Spanien spricht sich, wie das übrigens nicht anders zu erwarten war, das spanische Arbeiterblatt „Martello“ äußerst ungünstig aus. Das betreffende Organ sagt: „Seit längerer Zeit befindet sich unser Proletariat im klaglichsten Elend, besonders in den größeren Städten; die Proletarier sind es aber nicht allein, die klagen, sondern auch die Kaufleute und Industriellen sind unzufrieden. In der That, wenn der Arbeiter, die Haupttriebfeder unserer Gesellschaft, nicht consumirt, wie sollten seine Ausbeuter dann zufrieden sein. Indes sie haben wenigstens Brod, während der Arbeiter nur das Elend hat. Dazu kommt ein schlechter Anfall der Ernte, und rechnet man den schlechten Zustand unserer Finanzen und unserer Industrie hinzu, so hat man ein Bild von den heutigen Zuständen.“

Dampfsender Gleichen — da dieses Blatt aber nun den mit Vassalle befreundeten Fortschrittmanne Riegler verherrlichen will, druckt dasselbe dieselben einen längeren Brief Vassalle's über Riegler ab und macht dazu folgende Bemerkung: „Der Riegler persönlich gefasst und mit ihm verkehrt hat, wird Ferdinand Vassalle's Charakteristik durchweg zustimmen.“ — Wir antworten der „Volkszeitung“: „Der Vassalle gefasst hat, wird den Verleumdungen und Schwähungen, welche die „Volkszeitung“ gegen ihn fortwährend im Interesse des Kapitalismus geschleudert hat, nicht zustimmen.“ — Die „Volkszeitung“ ist deshalb nicht werth, Vassalle zu citiren.

— Welcher Art die „Bildung“ ist, welche die liberale Bourgeoisie unter das Volk zu bringen sucht, wird uns so recht klar, wenn wir uns die Personen betrachten, aus welchen der Vorstand der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ zusammengesetzt ist. Da haben wir zunächst Herrn Schulze-Delitzsch, Oberconsulnarrsch in sozialen Reich, und König der Ignoranten und Weintrinker; Franz Dandier, Eigenthümer der gefühnngslosten aller deutschen Zeitungen, Ausbeuter der Kinderarbeit, selbst bei Nacht, Urheber des berühmten Wortes: „Wir müssen diese Leute (die Schiffsleute) aushungern“; Justizrath Matzner, Intimus des Stroussberg, ein „ehrenhafter Grönder“; Dr. Hammacher, „Gründer der schlimmsten Sorte“, unserer Vötern wohl bekannt; und endlich ein Herr J. Lippert, „ein mit allen Wassern (also auch mit Goldwasser?) Gewaschen“, wie die „Berliner Freie Presse“ von ihm sagt. Eine nette Gesellschaft, nicht wahr? Und die „Volksbildung“, die von ihr verjapft wird, ist darnach.

— Die Vassalle'sche wird in Oesterreich auf den öffentlichen Versammlungen und auch in den öffentlichen Vokalen von der Polizei confiscirt. Solches wahrhaft kindische Beginnen legt das beste Zeugniß ab von der Herrschaft des österröichischen Staates und von der Schwäche der herrschenden Gesellschaft. Wenn schon das Bildniß eines Revolutionärs solche Furcht hervorrufen kann, wie ängstlich muß man dann erst den Geist zu kennen suchen, der in den Vassalle'schen Schriften weht, daß er nicht unter die Massen dringe. Wir wollen hoffen, daß gerade ein so auffälliges Vorgehen der Polizeibehörden die österröichischen Arbeitermassen aufmerksam machen wird auf die Bedeutung Vassalle's und der von ihm vertretenen sozialistischen Lehren. Die Ungeheuerlichkeit der Polizei bewirkt nämlich gemeinlich das Gegentheil von dem, was sie bezweckt.

— Unterschämter Schwindler. Schweizer Wälder schreiben: „In einem Comptoir zu Rühlhausen stahlen zwei Angestellte 70,000 Mark und schickten das Geld nach Berlin behufs Gründung einer sozialistischen Zeitung. Theorie und Praxis hand in Hand.“ —

Aber während die ganze Welt klagt, wirft Madrid, die Haupt- und Residenzstadt, unzählige Werthe weg in Bällen, königlichen Abendunterhaltungen, aristokratischen Festessen u. dgl. m., und Niemand erhebt nur eine Hand, oder erhebt auch nur die Stimme voll Unwillen über diese kläglichen Verirrungen.“

O der Stimmen sind genug vorhanden, welche die heutigen Mißzustände anklagen; aber nicht nur die Ankläger, auch der Richter ist da — es ist der Sozialismus, nur daß die bloße Menge dessen Richterspruch noch nicht versteht. Und das allein ist das Uebel, gegen welches mit aller Macht angekämpft werden muß.

— In der orientalischen Frage stehen die — Diplomaten am Berg. Die Weigerung der Türkei, Rußland zu Liebe den Harikari (den Selbstmord durch Bauchaufschlingung) an sich zu vollziehen, hat die, überhaupt sehr lose, diplomatische Allianz der Mächte vollständig gesprengt, und Rußland in die Nothwendigkeit versetzt, entweder die ausgestreckten Langfinger zurückzuziehen oder als entlarvter Friedensstörer den Raubkrieg zu beginnen. Ein Versuch des Petersburger Cabinets, Oesterreich zur Theilnahme an dem Raubzug zu beschwären, ist trotz der sprichwörtlichen Vernageltheit der österröichischen „Staatsmänner“ gescheitert und hat nur die Position der Türkei befestigt; ein Vorschlag Rußlands, die Pforte durch eine gemeinschaftliche Morddemonstration vor Constantinopel einzuschüchtern, hat ein energisches Veto der englischen Regierung hervorgerufen, ohne die eine solche Demonstration einfach unmöglich ist; und ein weiterer Vorschlag Rußlands, der Türkei einen halbjährigen Waffenstillstand aufzuzwingen, damit Rußland während dieser Zeit die serbische Armee massenhaft verstärken kann und der Unannehmlichkeit eines Winterfeldzugs überhoben wird, ist durch die kategorische Weigerung der Pforte beiseite geworfen. Jedenfalls hat die für so schlau geltende russische Diplomatie in den letzten Tagen nicht sehr glücklich operirt, und auf dem so sorgfältig und mit so viel Unkosten von ihr bearbeiteten Gebiet der „öffentlichen Meinung“, namentlich in England, wesentlich an Terrain verloren. Doch, wie dem auch sei, wenn „Väterchen“ winkt, bricht der Krieg los, und über Millionen von Menschen wird der Tod mit all seinen Schrecken, wird unglückliches Elend verhängt. Seit Monaten, ja seit Jahren droht der Czar mehr oder weniger offen mit dem Krieg, und die civilisirten Staaten Europas haben die Hand, welche die Punte ans Pulverfaß hält, nicht wegzureißen vermocht — oder es nicht gewollt. Was für Zustände!

— Auf Requisition der mecklenburgischen Regierung wurde in Hamburg bei dem Vorstehenden des Zimmererbundes, Aug. Rapell, Haussuchung gehalten. Dieselbe galt der Correspondenz aus und nach Mecklenburg. Die Polizeibehörde erzielte aber keinerlei Resultat.

— Der von der Jurasser Föderation veranlaßte internationale Arbeitercongrès, auf dem die Einigungsfrage zur Verhandlung kommen soll, wird am 26. Oktober zusammentreten. Den uns überbrachten Aufruf bringen wir in nächster Nummer.

Innere Parteianglegenheiten.

Als Agenten des Vorstands sind vorgeschlagen und ernannt: Großschirma: W. E. Greller, G. Arnold; Rothwang: Roggenbach; Meerane: H. Voigt, R. Jädlin; Schedewitz: A. Nüssel; Zwickau: J. Seifert, C. Grotschub; Dresden: R. Tröger, R. Tempert; Ludwigsb. B. Seel, P. Tremmel; Fürth: R. Opiß; Langen: G. A. Sigel, A. Clem-Ment; Holsbrüde: A. F. Mühlberg; J. G. Otto; Heidelberg: R. Kappohl, A. Kerkel; Gartenfeld: J. Müller, Fr. Weber; Schw. Hall: J. Feuchter; Cöthen: A. Aniestedt.

Hamburg, den 7. Oktober 1876.

Mit sozialistischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.:

G. Derossi, J. Kuer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

s. Altona, 3. Oktober. Der hiesige nationale Verein giebt sich alle mögliche Mühe, sein Ansehen vollständig zu untergraben. Er ladet den erzeaktionären Kreisgerichtsrath Römer ein, der am 30. September einen Vortrag über die politischen Parteien hielt. Römer verlangte Aenderung der Gewerbeordnung in reaktionärsten Sinne, so daß weiland Schuster und Junfbruder Panse noch als Liberaler gegen diesen Kreisgerichtsrath erscheine. Dann verlangt der nationalliberale Herr kriminelle Verstrafung des Contractbruchs und vor allen Dingen Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie. Durch Bildung und Schulunterricht sei den Sozialdemokraten nicht beizukommen, weil es feststehe, daß gerade die unterrichteten Arbeiter Sozialisten würden; nur die Autorität des Staates und die Strenge der Gesetze könnten helfen — in diesem Sinne sprach der liberale Redner, der sich um einen Abgeordnetenstich im preussischen Landtage bewarb. Daß er durch drei Ansichten dem Liberalismus direkt ins Gesicht schlug, das merkten seine Zuhörer nicht, sonst hätten sie ihn ausspeien müssen. Wir sind dem Herrn Römer übrigens sehr dankbar für seine gute Meinung vom Sozialismus; denn wenn die unterrichteten Arbeiter sich den Ideen desselben zuwenden, dann müssen solche Ideen wahr und gut sein; wahre und gute Ideen aber durch Junkzopf, Polizei und Strafparagrafen vernichten zu wollen, das ist eine Dummheit, wie sie nur ein erzeaktionärer Schädel ausdenken kann. Uns kann es hier übrigens gleichgültig sein, wen man als Abgeordneten zum preussischen Landtage wählt, zum Reichstage wählen wir den Abgeordneten. — Der benachbarte Kreis Stormarn, der mit Altona gemeinsam zum Reichstage wählt, und in welchem die Landbevölkerung gut sozialistisch gestimmt ist, wird gegenwärtig von einem Fortschrittmanne, dem Dr. Untertoch, im Landtage vertreten, doch befürchten die Fortschrittler, daß derselbe bei den nächsten Wahlen dem conservativen Landrath von Levehan, einem übrigens recht humanen Beamten, zufallen wird. Bei den Landtagswahlen theilnehmen sich die landlichen Arbeiter eben nicht, bei den Reichstagswahlen stimmen sie in ihrer Mehrzahl für unsere Parteigenossen Hagenlever. — Im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, wo man von Seiten der „Reichsfreunde“ den Grafen Holstein-Waternoverdorff dem Parteigenossen Reimer als alleinigen Candidaten gegenüberstellen wollte, ist unter den „Reichsfreunden“ eine höchst erfreuliche Spaltung eingetreten; nicht genug, daß die Fortschrittler den Kieker Professor und Sozialistenprofessor Seelig aufstellen, auch die Nationalliberalen wollen, seitdem Graf Holstein zu den Deutsch-Conservativen übergegangen ist, von diesem nichts mehr wissen und stellen einen unbekanntem nationalliberalen Outobefiger mit Namen Hold auf. Uebrigens, so weit wie wir den Kreis kennen, wird der seitherige Abgeordnete Reimer mit großer

Majorität wiedergewählt. Besonders in Neustadt, wo die Liberalen so früh verländerlich der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh hingeworfen haben, wird Reimer eine bedeutend größere Anzahl von Stimmen erhalten, als vor drei Jahren. Die Altonaer Parteigenossen werden den neunten Wahlkreis mit allen moralischen und materiellen Mitteln unterstützen.

Erfurt, 29. Sept. Ein Rencontre auf dem Anger. (Schluß.) Dr. Weber — Landtagsabgeordneter für Erfurt — hat gestern Abend im Rheinischen Hof hier vor ca. 300 Personen, darunter eine erhebliche Zahl Sozialisten, über seine Thätigkeit im Landtage gesprochen. Doch nein! Ueber manches hat er gesprochen, aber welche Stellung er zu den verschiedenen Vorlagen genommen, hat er verschwiegen. Wie er uns erzählte vom dreißigjährigen Kriege, von den Freiheitskriegen, von Stein's Reorganisation im Staatswesen, da habe ich ihm in seinem eigenen Interesse beglückwünscht, daß Dr. S. aus G. nicht zugegen war, denn die Donnerwale „zur Saale“ wären dann nicht ausgeblieben.

Es war keine Verichterstattung, mehr eine Lobrede auf das deutsche Reich, den „Kulturkampf“ u. s. w. Vis-à-vis dem Versammlungssaal sang man sehr laut: „Wer nur den lieben Gott läßt walten“. Es muß dieser Gesang seine Wirkung auf Dr. Weber nicht verfehlt haben, denn mehr und mehr wogte er sich im Gefühle mulliger Behaglichkeit. Dr. W. ist weder ein Sprecher, der fließend und in einer zusammenhängenden Weise sich seiner Aufgabe entledigt, noch ein Redner der Routine besitzt; ebenso scheint es mit seinen Kenntnissen auf wirtschaftlichem Gebiete schwach bestellt zu sein. Circa 500 Millionen Mark für Eisenbahnbauten zc. seien nicht benutzt, theils wegen Mangel (?) an Arbeitskräften (?). Wer nun einen Schulknaben fragt: „Wie kommt es, daß dein Vater so oft mit sorgenvoller Stirn vorstimmst in euren Kreise schweigend dasitz?“ so antwortet der Knabe: „Wegen Arbeitslosigkeit“. Fragt man einen schlanken einfachen Bauern: „Wie kommt es, daß die Landstraßen so gefüllt sind von wandernden Arbeitern?“ so sagt er: „Diese Leute können keine Arbeit bekommen und reisen deshalb von einer Stadt zur andern und suchen Arbeit.“ Dr. Weber möge sich merken. Referent schloß seinen Vortrag indem er sagte: Wenn so weiter gearbeitet wird, gehen wir einer „glänzenden Zukunft“ entgegen.“ Ob damit die glänzenden Helme und Bajonnette zc. gemeint sind, will ich ununtersucht lassen. Eine Debatte wurde — wie das bei den Liberalen üblich — nicht gestattet. Ein hiesiger Zimmermeister fragte Dr. Weber, wie er über das Dreiklassenwahlrecht dachte. Dr. Weber hatte aus den Ausführungen aber nicht entnehmen können, ob es ein „Gestreuer“ war, ergo fragte er, wie denn der Herr Vorredner darüber dachte (?). Im Uebrigen ging der Referent um diese Frage herum, wie die Rage um den heißen Brei. Darauf stellte Klute die Frage, wie Herr Dr. Weber sich zu dem Antrag Windthorst's (Meppen) bezüglich Einführung des direkten, gleichen Stimmrechtes verhalten habe. Antwort: Fischen und Gummire bei den Liberalen. Rufe: Klute ist ja nicht Erfurter Bürger (?). Der Vorsitzende, Herr Justizrath Banke, erklärt: „Herr Klute ist wahlberechtigt“ u. s. w. Der Referent: „Ich habe gegen den Antrag Windthorst's gestimmt.“ Wie Klute nun weiter sprechen wollte, wurde ihm plausibel gemacht, daß das nicht thöricht sei. Darauf großer Jubel in Israel. Die Wiederwahl des Dr. Weber wurde empfohlen. Abgestimmt wurde nicht. Trotzdem ward die Wiederwahl als „beschlossen“ betrachtet. Ich gratulire den Liberalen hiermit zur „Wiederwahl“ ihres geistreichen Dr. Weber.

Salze a. S., 2. Oktober. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 30. September in einer Wählerversammlung ein Centralwahlcomité gewählt worden ist, bestehend aus 7 Personen, von denen Unterzeichnete als Vorsitzender, Gottfried Judenbagen als Schriftführer, Gottfried Barthel als Kassirer, H. Weizner, Ch. Gränberg, Ch. Hoppe, Ch. Behrendt als Beisitzer gewählt sind. Sämmtliche Briefe sind an den Unterzeichneten zu adressieren, und Gelder zur Agitation müssen an den Kassirer Gottfr. Barthel, Neustadt 914, gesendet werden.

Oldenburg, 25. September. Gestern ist die Gewerbeausstellung, welche hier vom 10. bis zum 24. d. M. stattfand, geschlossen worden. Im Allgemeinen wurde von allen Seiten ein bedeutender Fortschritt lobend anerkannt, und Wenige haben die Ausstellungsgebäude verlassen, die nicht mit großer Zufriedenheit über das Gesehene sprachen und äußerten: „Das hätte ich mir doch nicht gedacht, daß das Großherzogthum so viel Hervorragendes leistet“ zc. Was war es denn hauptsächlich, was die Ausstellung zierte? Es war die Arbeit unserer Handwerker, was wir bestimmt ausprechen, ja durch Zeugen beweisen können. Leider müssen wir aber dazu bemerken, daß die Preise nicht gerecht vertheilt wurden. Die Fabrikanten, die Kapitalisten dominierten hier, und die silbernen Medaillen wurden ihnen im Verhältniß weit mehr zuerkannt, als den Handwerkern, die schließlich mit einer „ehrenden Anerkennung“ zufrieden zu stellen versucht wurde. Der „hohe“ Protector der Ausstellung, unser Großherzog, hat derselben wenigstens die „Ehre“ erwiesen, eines Tages auf einige Stunden anwesend zu sein, und der diensteifrigen Commission gnädigst seine Zufriedenheit auszusprechen. Drob herrschte allgemeiner Jubel, und die ganze Stadt flaggte. Unser Großherzog, der nota bene den Sommer über selten in seinem Lande verweilt, schiedte gestern am Schluß der Ausstellung dem Vorsitzenden der Ausstellungs-Commission eine Depesche aus Cutin, worin er bedauerte, daß er die Ausstellung nicht habe besuchen können; doch habe er von dem guten Erfolge Vieles gehört und wünsche lebhaft, daß der Gewerbesteig in seinem Lande fernher blühen möge! Ob dieser Nachricht, die auf höchsten Wunsch zur allgemeinen Kenntniß zu bringen war, waren die guten Oldenburger hoch erfreut. Und die Oldenburger wollen ihre Zuneigung zum Fürstenhause mit der That beweisen. Dieser Tage circulierte hier in der Stadt nämlich eine Liste, um Beiträge für ein Geschenk für Ihre königl. Hoheiten, die im nächsten Sommer Ihre silberne Hochzeit zu feiern gedenken, zu sammeln; es war dem Zeichner freie Wahl gelassen, sich mit einem Beitrag von 6 oder 9 Mark und darüber zu verpflichten. Der hiesige „Frauenverein“ hatte sich mit der Ausgabe des Sammelbuchs befaßt! Wer möchte nicht gern in der Liste stehen! Es waren denn auch Beiträge von 20, 30, 50 Mark gezeichnet. Wie man hört, sollen sechs prächtige Lehnstühle für Ihre königl. Hoheiten für angeschafft werden. — Als man im letzten Winter zu einem ähnlichen Zweck für den abgegangenen Ministerpräsidenten von Berg unter Anerkennung seiner Verdienste um die Wohlfahrt des Landes sammelte, kam von dem uneigennütigen Staatsmann Contreordre, und alle Vorbereitungen und Sammlungen mußten eingestellt resp. rückgängig gemacht werden. Ob Ihre königl. Hoheiten dasselbe thun? Jedenfalls könnten mit den Mitteln manche Thränen gestillt, manche Sorge verbannt, manches Herz froh beglückt werden! Die Civilliste unseres Souverains beträgt bei jetziger Coniunktur über 200,000 Thaler = 600,000 Reichsmark! Oldenburg ist ein wunderbares, aber glückliches Landchen, und selbst in Schandenheim können die Menschen schwerlich devotet sein, als hier.

Aus der Schweiz, 1. Oktober. Bei dem sogenannten Fabrikgesetz, das den Normalarbeitstag festsetzt, hat sich der Nationalrath, was ihm nicht oft zu passiren pflegt, ängstlich an den Wortlaut der Bundesverfassung gehalten, der nur von Fabrikarbeit spricht und danach das Gesetz nur auf die Fabrikarbeit, d. h. auf solche in „geschlossenen Räumen“ ausgedehnt. Wir suchten in der Revisions-Campagne vergeblich nach einem Anhaltspunkt für diese Auffassung und meinen, daß Steinbaur, Strafen, Berg- und andere Arbeiter für die Annahme der Verfassung nicht deshalb gestimmt, weil die Verfassung den Fabrikarbeitern Erleichterung verhieß, sondern weil sie eine Verbesserung aller Arbeiter von der neuen Verfassung erhofften. Konnten in diesem Punkte aber noch irgend welche Zweifel bestehen, dann hatte wohl die radikalste Partei im Nationalrath die Pflicht, den weitgehendsten, hier den humansten Standpunkt einzunehmen, und das Gesetz auf alle Arbeitszweige auszuweihen und dem Souverän, d. h. dem Volk, die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Definition die richtige sei. — Die schweizerischen Arbeiter mußten in der vom Nationalrath beschriebenen Definition eine solche Verschlechterung des Gesetzes erblicken, daß ihnen seine Annahme in der Volksabstimmung zur Unmöglichkeit wurde, und als nun das Gesetz vom Nationalrath an den Ständerath wanderte, hielten es die Arbeiter für geboten, noch einmal Stellung zu nehmen. Sie wandten sich — und zwar der streng nationalen Grütliverein und der aus der Initiative der Zürcher Internationalen hervorgegangene schweizerische Arbeiterbund — mit übereinstimmenden Adressen an die Commission des Ständeraths, in deren Händen sich der Gesetzentwurf befand. Sie betonten, daß die Forderungen der Arbeiter nur in ganz geringem Maße bei der Gesetzberatung Berücksichtigung gefunden, daß man aber trotzdem in der Volksabstimmung das Gesetz annehmen wolle, wenn es in der ständeräthlichen Verathung keine Verschlechterung erfahren und seine Ausdehnung auf alle Arbeiter auch auf die in Steinbrüchen zc. finden würde. Die Adressen erinnerten u. a. an die un menschliche Behandlung, welcher die Arbeiter am Gotthardtunnel preisgegeben seien. Man war überzeugt, daß die durchaus würdig und entschieden gehaltenen Adressen Beachtung und die darin geäußerten gewiß billigen Wünsche der Arbeiter Erörterung finden würden, allein man hatte sich getäuscht. Die Commission des Ständeraths hatte nicht allein die Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt gelassen sondern das Gesetz auch in hohem Maße verschlechtert. (Das Weitere über die Beschlüsse der Ständeräthlichen Commission ist bereits in Nr. 4 unter der Politischen Uebersicht mitgetheilt. Red. d. B.). Sie hat die Arbeit in „geschlossenen Räumen“ beibehalten. Schwerlich wird der Ständerath an diesen reaktionären Beschlüssen in verbesseendem Sinne ändern, und fraglich bleibt es, ob die neue Verathung im Nationalrath die Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage bringen und ob der Ständerath ihr schließlich beistimmen wird. Große Hoffnungen darf man sich aber nicht machen, sie könnten leicht zu Illusionen werden. Jedenfalls behält das Gesetz aber seine beschränkte Ausdehnung auf die Fabrikarbeit.

Vor dem Bekanntwerden des ständeräthlichen Beschlusses sagte der Winterthurer „Landbote“, wenn wir nicht irren aus der Feder des Professor Bögelin: „Wir leben heute in tiefem Frieden, aber die Schweiz hat schon erregte Zeiten gesehen, die sich wiederholen könnten, wofern die Klassen, welche heute regieren, intransigent bleiben und schließlich durch die Macht der Entwicklung bei Seite geschoben werden wollen, wie frühere Geschlechter geschoben wurden. Wir ziehen eine ruhige, friedliche Entwicklung vor. Eine solche ist zu haben und zu keineswegs zu hohem Preise, denn was das Fabrikgesetz bietet, ist wahrlich beschiden, die Zukunft wird sagen wenig genug. Möge die ständeräthliche Commission, unbeirrt vor den Lamentationen unserer Industrie jedes Abmarktes zurückweisen“. Wir wissen, wie die ständeräthliche Commission entscheiden und wollen abwarten, was weiter geschieht; anknüpfend an die Worte des „Landboten“ können wir aber jetzt schon sagen, daß die Zurückweisung der verschönlchte Hand, welche die Arbeiter bieten, nur dahin führt, der compromißmäßigen revolutionären Strömung in der schweizerischen Arbeiterpartei zur Herrschaft zu verhelfen, welche als warnendes Renetel — berechtigt genug — in Bern und Genf erscheint.

Sachsen, 2. Oktober. Sonntag den 24. September fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagskandidat für den hiesigen Wahlkreis unter lebhaftem Beifall über „die politischen und wirtschaftlichen Zustände Deutschlands und die nächste Reichstagswahl“ sprach. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich bei der Wahl eine bedeutende Anzahl Stimmen auf Dreesebach vereinigen werden, wenn ein jeder Arbeiter seine Pflicht, für dessen Wahl zu agitiren, erfüllt.

Zeuzenroda. Am 3. Oktober hielten wir hier eine von ungefähr 600 Mann besuchte Wählerversammlung ab, in welcher unser Reichstagskandidat Herr Bloss aus Hamburg über das sozialistische Prinzip und die Entstehung der sozialistischen Partei, sowie über die liberale Partei, was sie ist und was sie sein sollte, sprach. Segner waren anwesend, wagten aber nicht, dem Redner entgegenzutreten. Demzufolge können wir annehmen, daß diese Wählerversammlung auf die Wahlen nachwirken wird.

Lechhausen. (Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft beiderlei Geschlechts [Sig. Weimar]). In der Organfrage werden wir in den nächsten Tagen durch Circulare allen Vertrauensleute unserer Beschäftigten franco zur Kenntniß bringen und bitten alle Adressen an J. A. Laich, Lechhausen, zu senden. Für die Commission: J. A.: J. A. Laich, Vertrauensmann.

Siegen, 30. September. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Gewerkschaften! In Nr. 100 des „Neuen Sozialdemokrat“ und Nr. 101 des „Volksstaat“ vom 30. August, theilten wir die Constatirung des neuen Ausschusses mit. Bis heute sind keinerlei Einwendungen gegen diese Wahl geltend gemacht worden; es tritt der Ausschuss deshalb mit dem heutigen Tage seine Funktion an. Mit brüderlichem Gruß J. A.: H. Kserg.

Leipzig, 2. Oktober. Gewerkschaften! Wir theilen Euch hierdurch mit, daß mit dem heutigen Tage die Control-Commission in Funktion tritt. Da keine Reklamationen eingegangen sind, so bleibt die Commission, wie bereits bekannt gemacht, bestehen, und ersuchen wir alle Briefe an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Mit brüderlichem Gruß Die Control-Commission. J. A.: L. Witt, Neumarkt 29.

Die Sitzungen der Beschwerde-Commission finden, falls etwas zur Verathung vorliegt, jeden Donnerstag Abend im Locale des Herrn Edward Fritsch, Seemannstraße Nr. 1, statt.

Die auswärtigen Parteigenossen werden ersucht, alle etwaigen Beschwerden an den Schriftführer der Commission, Herrn J. Meier, Kastningstraße Nr. 42, zu senden. Bremen. J. A.: W. Fritsch, Vorsitzender.

Die Parteigenossen des 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreises werden hierdurch ersucht zu der am 15. Oktober in Leisnig stattfindenden Conferenz Delegirte zu entsenden.

Tages-Ordnung:
1) Die Organisation der Agitation.
2) Die Lokal-Wahlagitations-Comités.
Zahlreiche Theilnahme wird erwartet, auch ist es notwendig, daß die in obigen Wahlkreisen aufgestellten Candidaten an der Conferenz theilnehmen.
Je besser organisiert, desto leichter den Kampf; deshalb Sorge man durch zahlreiches Erscheinen, daß diese Conferenz ihre hohe organisatorische Aufgabe zu erfüllen vermag.
Das Agitations-Comité.
Das Lokal der Conferenz wird später bekannt gegeben.

Briefkasten
Der Redaktion. Hg. Leipzig: Der Can. Sam. heißt Scheller und ist Rentier in Coburg. Um die Eryllungen des Mannes zu verstehen, braucht man nicht einen besonders hohen Bildungsgrad, sondern etwas ebenso viel Verbohrtheit, als er selber besitzt; das ist freilich nicht wenig. — F. A. in Großenhain: Wir können Ihr Eingekannt selbst im Correspondenztheil nicht mehr aufnehmen.
Der Expedition. J. Laute in Sommerfeld: Reklamiren Sie die betreffende Nummer bei der Post. Ihre Karte haben wir dem hiesigen Postamt zur Recherche übergeben. — Fritz Hippel in Grlitz: Geben Sie uns Ihre nähere Adresse an, damit wir Ihnen die 2 Eryll zu senden können. — F. Bml. i. Kalau: Reklamiren Sie bei dortiger Post; von hier geht das Blatt regelmäßig ab. — Chr. Gille, Hofheld-Duisburg: Wir können nichts dafür, daß Sie durch dortige Post Ihr Blatt nicht erhalten, wahrscheinlich hat diese die Bestellung hier nicht ausgegeben. Ihr Brief ging ans hiesige Postamt zur Recherche.

Genosse Engelhardt, Schneider von hier, verunthlicht zur Zeit in Carlruhe, wird wichtiger Angelegenheiten halber um seine Adresse gebeten. Wilhelm Gerbold, in Döhlitz in der Pfalz.
Quittung. Fachverein der Tischler Köln Ann. 0,70. Mark London Ab. 81,00. Rwnn Kuffig Ab. 2,30. Wahlverein Hannover Ann. 1,80. Rhat hier Ann. 0,60. Schbt Jermannst. Ab. 4,92. Wbes Hanau Ab. 23,00. Fir Schw. Gmünd Ab. 20,00. Wolsch Kintzig Ab. 11,46. Fals Magdorf Ab. 1,64. Schdr Blagwitz Ab. 3,00. Schltz hier Plafate 1,60. Hyppag Burgen Schr. 1,20. Schldherdt Schr. 0,40. Rischman Gonnemitz Ab. 2,40. Stict hier Ab. 1,60. Schdt Hanau Schr. 17,36. Scht hier Ab. 1,80. Wb Goldlauter Ab. 13,90. Bsmann Köln Ab. 100,00. Hnz Dresden Schr. 6,00. Swn Lüneburg Ab. 8,50. Frgbl Grummishau Ab. 61,80. Arb.-Bild.-Verein Ding Ab. 2,95. Dlgz Graz Ab. 2,47.

Anzeigen zc.
Annoncen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Emsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.
Hamburg. Donnerstag, den 12. October Abends halb 9 Uhr: im Locale des Herrn Hübner, große Rosenstr. 37, Geschlossene Versammlung der Mitglieder des Allgem. Deutschen Töpfervereins. Tagesordnung: Abrechnung über den Lübecker Streik. — Verschiedenes. Der Bevollmächtigte. [80]

Leipzig. Tonhalle: Donnerstag, den 12. October, Abends 8 Uhr, in der Großen Volksversammlung. T. D.: Wer ist Reichsfreund und wer Reichsfeind? Referent: Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. [90]

Cigarren.
Ich empfehle meinen geachteten Parteigenossen und Freunden mein Cigarrenlager eigener Fabrik zur gefälligen Berücksichtigung. Ich werde mich sehr bemühen, eine gutabgelagerte Waare zu liefern. Auch liefere ich sehr preiswürdige Cigarren für Wiederverkäufer und Restaurateure.

Peter Krebs.
Leipzig, Ulrichsstraße Nr. 60. [270]
Ein junger, solider und intelligenter Expedient (Parteigenosse) sucht Stellung. Gef. Offerten sub S. G. an den „Vorwärts“. [3212/60]

Geschäftseröffnung.
Seit 1. October befindet sich mein Friseur-, Barbier- und Haarschneidesealon Frankfurterstraße 40b (Ecke der Weststraße). Leipzig, den 8. October 1876. Herm. Bienenfelder. [210]

Bekanntmachung
für sämtliche Tabak-, Cigarren und Hausarbeiter Hamburgs und Umgegend.

Allen Geschäftsgenossen zur Notiz, daß am Donnerstag, den 12. October, Abends präcise 9 Uhr, im Etablissement des Herrn George Stabitz (Großer Saal), Valentinsplatz 41, eine Außerordentliche Massenversammlung stattfinden wird. In derselben wird bekannt gemacht, was die Herren Fabrikanten uns auf unsere Forderung geantwortet haben. Um Uebrigem ersuche ich den Inzeratentheil im „Hamb.-Altonaer Volksblatt“ in den nächsten Tagen genau zu beachten. Hamburg, den 5. October 1876. Für die Commission: G. Tappendorf. [160]

Für Männer-Chöre.
Im Verlag von Emil Saureteig in Gotha ist erschienen:
Nr. 6: Frühlingsgedanken.
Gedicht von H. Hlogauer. Componirt von G. Scholz.
Preis: Part. mit 4 St. 80 Pf., 4 St. 60 Pf.
Die zweite Auflage von Roff, Basilide am Blödenssee, ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf., bei Partien 50 Pf.
Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von Lissagaray, Histoire de la Commune, erste authentische Geschichte der Commune. Braunschweig, 6. October 1876. (3a) W. Bracke jr. [270]
Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.